

Sächsische Dorfzeitung und Elbgauzeitung

Postleitzahl: 8000 Dresden Nr. 51302
Sachverhalt: Elbgauzeitung Blasewitz

Buchkonto: Stadtbank Dresden, Sirostraße Blasewitz Nr. 606
Postleitzahl: Nr. 512 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weiher Hirsch, Bühlau, Roßwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Berlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beuer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für das Blatt ist Carl Dräse für den übrigen Inhalt Eugen Werner beide in Dresden.

Druckt täglich mit den Beilagen: Amtl. Trennen- und Kurzlist, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Kurz-Liste, Moos-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus 10 Pfennige. Für Post ab 10.2.10, durch die Post ohne Aufschlussgebühr monatlich 11.2.20. Für Fälle höheren Gewalts, Streit u. w. bei der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung ob Rückzahl d. Legegeb. Druck: Clemens Landgraf Nachf., Dresden-Stralau. Zeitung ab unterliefert, eingesandt. Manuskripten ist Rückporto beizuhalten. Für Anzeigen, welche durch Vermittlung aufgezogen werden, kann, wir eine Verantwortl. bez. der Richtigkeit nicht übernehmen.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
93. Jahrgang

Anzeigen werden bis 5 gespaltene Postkarten mit 25 Goldpfennigen berechnet. Reklamen die 4 gespaltene Zelle mit 100 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorrichtungen und schwierigen Sacharten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vor dem 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeiträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zettelpreis in Abrechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt 6. verspät. Zahlung. Klage ob Konturs d. Auftraggeber

Nr. 160

Montag, den 13. Juli

1931

Frankreich setzt uns das Messer an die Rehle!

Heute neue Notverordnung gegen Devisenabfluss zu erwarten

Börsen geschlossen
Wie die T.U. erfährt, haben die Vorstände aller deutschen Börsen angeordnet, der schwedenden Verhandlungen beizutreten, zumindest den Montag von Börsen frei zu halten. Diese Maßnahme soll offenbar den Zweck, weitere Katastrophen zu verhindern, Auswirkungen der langwierigen Verhandlungen, Devisen- und Kapitalentziehungen zu verhindern.

Danatbank schließt ihre Schalter

Die Danatbank hat mitgeteilt, daß sie ihre Schalter am Montag geschlossen halten müsse. Die Reichsregierung hat die Danatbank zu folgender Erklärung ermächtigt:

Die Reichsregierung wird auf Grund einer im Laufe des heutigen Tages ergehenden Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten durch volle Garantieleistung für alle Einlagen für eine ruhige Abwicklung der Geschäfte der Danatbank Sorge tragen."

Schwere Stunden

Das Reichskabinett hat seine Beratungen, die den ganzen Sonntag über andauerten, bis in die dritte Morgenstunde des Montags ausgedehnt. Das Ergebnis war für die Offenheit zunächst nur die amtliche Mitteilung, wonach die Danatbank ihre Schalter am Montag schließen, zugleich aber die Garantie der Reichsregierung durch eine noch für Montag zu erwartende Notverordnung des Reichspräsidenten vorweisen kann. Diese Garantie sollen alle lebenswichtigen Bankinstitute erhalten, zugleich sollen die Bankinstitute untereinander Garantien übernehmen, so daß juzusagen

die gesamte deutsche Finanz eine Einheit bildet. Die Einstellung des Verkehrs mit Effekten und Devisen für den Montag und Dienstag soll eine Panikstimmung verhindern, die zweifellos sachlich durchaus nicht angebracht wäre. Außer der genannten Garantie des Reiches für die lebenswichtigen Banken, zu der das Kabinett durch Notverordnung zu ermächtigen wäre, erwartet man weitere Maßnahmen zur Regelung des Devisenmarktes, d. h. gegen die Kapitalflucht. Inzwischen wird man die Maßnahmen des Auslandes abwarten müssen.

Luther ist in Berlin unabkömmlich

Wie gestern bekannt wurde, wird Reichspräsident Luther zunächst nicht zur Eröffnung der B.D.Z. nach Basel fahren, da seine Anwesenheit in Berlin erforderlich ist. An seiner Stelle ist am Sonntag um 12.10 Uhr Geheimrat Voigt im Flugzeug nach Basel abgereist.

Hilferuf!

Aus Berlin wird gemeldet: Die Reichsregierung hat in Telegrammen an die hauptsächlichen am Hooverplan beteiligten Regierungen diese über den gegenwärtigen Stand der Dinge unterrichtet, wie er sich nach den bisherigen Finanzverhandlungen ergeben hat.

Deutscher Bittgang zu Laval

Nachdem der deutsche Botschafter von Hoisch am Sonntagvormittag dem Generalsekretär des Außenamtes Berthelot einen Besuch abgestattet hatte, hatte er im Laufe des Tages verschiedene Versuche unternommen, andere führende Mitglieder der französischen Regierung zu erreichen. Die in Paris statt durchgeführte Sonntagsruhe hatte dies bis in die späten Abendstunden unmöglich gemacht. Erst gegen 22 Uhr gelang es dem Botschafter, den französischen Ministerpräsidenten Laval zu erreichen, dem er unverzüglich einen Besuch abstattete. Über die Besprechung, die zwischen ihnen geführt wurde, ist im Augenblick noch nichts genaues bekannt. Es steht jedoch fest, daß der Botschafter den Ministerpräsidenten auf die äußerst kritische Finanzlage im Reich aufmerksam gemacht und ihn darum gebeten hatte, die Beteiligung Frankreichs an einer Hilfsaktion einer wohlwollenden Erwagung zu unterziehen.

Die Londoner Presse meldet, daß der Gouverneur der Bank von England auf Frankreich einen Druck ausgeübt habe, die Haltung gegenüber Deutschland zu ändern, um einen finanziellen Zusammenbruch des Reiches zu verhindern.

Unverhüllter Vernichtungswille

Der letzte Rundschau der Reichsregierung an die Regierungen in Washington, London, Rom und Paris ist in Paris mit der bekannten Passivität aufgenommen worden, die man im Frankreich sieht an den Tag legt, wenn es sich darum handelt, Deutschland zu helfen. Außenminister Volland befindet sich auf seinem Land. Nach Finanzminister Glandin hat Paris verlassen, um für einige Tage Ruhe zu gönnen.

Die Kommentare der französischen Presse gipfeln scheinlich in den überparteilichen Garantieforderungen.

Man hat den Eindruck, als ob Frankreich nun endlich seine Stände für gekommen hält, die in leichter Zeit stark zurückgedrangte Hegemonie durchzuleben.

Der "Tempo" wirft Deutschland vor, in einer Art Massenwahnversetzung zu sein, der eine ruhige Betrachtung der Lage verbindet. Es sei zu wünschen, daß man von Washington, London und Paris auf Rücksicht der Rücksicht der Mängel an individueller Charakter-

Die "Liberté" vergleicht die augenblickliche Lage in Deutschland mit den letzten Rückungen eines angehenden Tieres, das sich noch einige Male erhebt, um dann endgültig zusammenzubrechen.

Nicht nachgeben!

Die der Reichsregierung nahestehende "Deutsche Allgemeine Zeitung" verlangt eine sofortige klare Entscheidung. Der Blutentzug der deutschen Wirtschaft, die Vernichtung des deutschen Geldmarktes dürfe vom Auslande her nicht fortgesetzt werden.

Eine Nachgiebigkeit gegenüber Frankreich würde die Regierung in den Abgrund reißen und ein Kreditabschluß auch nur die augenblickliche Panik vielleicht beenden.

Empörung in Washington

Die in Washington verbreiteten Gerüchte, wonach die Federal Reserve Bank der Reichsbank einen kurzfristigen Kredit von 200-300 Millionen Dollar geben werde, werden offiziell weder bestätigt noch verneint. Die schwierige Lage der deutschen Regierung verdarb jedermann allen amerikanischen Politikern das schöne Wochenende, und

man ist erbittert über die neue Pariser Hartnäckigkeit.

Man hat offen zum Ausdruck gebracht, daß Frankreich Katastrophenpolitik treibe. Alle Schritte, die Hoover zur Stärkung Deutschlands unternehmen wird, haben notgedrungen durch die Federal Reserve Bank New York zu erfolgen.

Schlimme Nachricht aus Amerika

New York, 13. Juli. (Radio). Nach mehrstündigen Konferenzen zwischen dem Unterschiedenrat Wells, den Beamten der Federal Reserve Bank und einer Gruppe von Finanzräten, unter Führung von Owen Young, gab Wells folgende amtliche Erklärung bekannt:

Die Stellung der Regierung der Vereinigten Staaten in der gegenwärtigen Phase zur Lage des deutschen Reiches ist klar.

Der Hoover-Kreditprogramm wurde die Reichsregierung aus der kritischen Lage befreit,

die infolge der nationalen Finanzverschuldungen der Regierung hervorgerufen war.

Über 400 Millionen Dollar wurden so für die Wiederaufbauung der deutschen Industrie und des deutschen Handels im gegenwärtigen Jahr freigesetzt, die sonst auf das Reparationskonto hätten eingezahlt werden müssen.

Das ist die einzige Richtung, in der die Regierung der Vereinigten Staaten Gelegenheit und Autorität gab, zu intervenieren.

Es ist selbstverständlich wohl bekannt, daß die Regierung keine Kontrolle über die ausländische Kreditpolitik der Federal Reservebank hat, da sie in einer gesunden Politik von dem Einfluß der Executive gewalt oder einer Einmischung freigemacht worden ist.

Es sollte nicht vergessen werden, daß die Probleme, mit denen wir uns beschäftigen, grundsätzlich europäische Probleme sind und daher am besten durch die Initiative und eine gemeinschaftliche Aktion der Bevölkerung schnell gelöst werden können.

Hence abend findet eine Konferenz der Finanzalente, an der auch Owen Young teilnehmen wird, über die deutsche Krise statt.

Noch so ein Winter und . . . ?!

In der "Saturday Review" besaß sich Mussolini in einem hochpolitischen Artikel mit den Notwendigkeiten der Gegenwart und kritisiert außerordentlich scharf die schwachhaften Methoden in Genf und den Mangel an individueller Charakter-

stärke bei den Staatsleuten der Gegenwart.

Sie schafft warnt er dann die Völker Europas vor dem kommenden Winter und der bolschewistischen Gefahr. Es darf keine Zeit mehr mit Reden verloren werden, sondern es muß sofort und energisch gehandelt werden. Abschließend wandte er sich, was besonders interessant ist, an England, das den kommenden Ereignissen die größte Aufmerksamkeit schenken müsse.

Wenn noch ein Winter des Elends und der Not über Deutschland und Europa hereinbreche, so sei der größte Teil Europas dem Bolschewismus verfallen.

Das Jahr 1932 bedeute entweder Untergang oder Fortschritt, entweder Erholung oder Übergang zum Chaos dieser Zivilisation. Es sei notwendig, daß sich die Welt den ungeheuren Ernst der augenblicklichen Lage vor Augen halte.

Wir sind enttäuscht erklärt der Reichslandbund

Der Reichslandbund hat an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ein Schreiben gerichtet, in dem u. a. darauf hingewiesen wird, daß trotz der Erklärungen des Ministers über die in Aussicht genommenen Regierungsmassnahmen auf dem Getreidegebiet die Preisentwicklung nach wie vor weiter steigt. Die Tendenzen zeigen sich in den Tendenzen der Erntesicherungen für neue Ernte zeigten ebenfalls eine steigende Tendenz, so daß

die größten Versicherungen für die Versicherung der kommenden Ernte geschafft sind.

Der Reichslandbund hat an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ein Schreiben gerichtet, in dem u. a. darauf hingewiesen wird, daß trotz der Erklärungen des Ministers über die in Aussicht genommenen Regierungsmassnahmen auf dem Getreidegebiet die Preisentwicklung nach wie vor weiter steigt. Die Tendenzen zeigen sich in den Tendenzen der Erntesicherungen für neue Ernte zeigten ebenfalls eine steigende Tendenz, so daß

Weiter wird in dem Schreiben sofortig eine Fortsetzung der Absichten der Reichsregierung hinsichtlich der Abschaffung der Handelsverträge mit Rumänien und Ungarn gefordert, desgleichen die sofortige Bekanntgabe der Absichten der Reichsregierung in der Frage der Kartoffelpreise.

Breite der Roggen- und Kartoffelpreis in diesem Jahr wiederum zusammen, so schwindet jede Hoffnung auf Wiederherstellung der Rentabilität der bayerischen Schweinehaltung.

Rindviehpreise und Preise für Wolfsschleiereinfüllungen seien katastrophal gesunken. Die letzten Erklärungen des Reichsernährungsministers könnten die Erregung und das allgemeine Misstrauen der Landwirtschaft zur Reichsregierung, die nicht einmal den ersten Teil des ihr durch die Hindenburg-Beschluß vom 18. 8. 1929 erteilten Auftrages erfüllt habe, nicht beschwichtigen. Die letzten Neuerungen des Reichslandwirtschaftsministers hätten im Gegenteil den Einbruch verschärft, daß in diesem Wirtschaftsjahr für die Landwirtschaft wiederum nichts Durchgreifendes geschehen solle.

Nun haben auch die Kriegsgefangenen ihr Ehrenmal

In einem der zahlreichen Bogen des Nationaldenkmals im Kampfgebiet der Schlacht von Tannenberg wurde am Sonntagmorgen von der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangenen das dem Andenken der für das Vaterland in der Kriegsgefangenschaft getöteten Kameraden gewidmete Denkmal enthüllt. Es ist eine überlebensgroße Gestalt mit der Geste des die Hände erbrechenden Mannes. An der Seite nahmen auch ein Ehrenzug der Reichswehr und eine Reichswehrkapelle teil.